

**Name:** dreikönig - **Ausgabe:** a - **Ressort:** bay

**Thema:** Unbenannt - **Autor:** redsupport1 - **Ausgedruckt von:** sekpassau-stadt

**Erscheint:** 08.01.2010 - **Ausdruck:** 08.01.2010 12:42:25

# Kritische Töne von FW und Liberalen

Freie Wähler und FDP zeigen sich bei Dreikönigstreffen in Passau und Bogen kämpferisch

**Bogen/Passau.** Politische Dreikönigstreffen haben auch in Niederbayern stattgefunden. Auf dem Bogenberg in Bogen trafen sich die Liberalen mit Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch als Hauptredner. Im Passauer Peschl-keller sprach bei den Freien Wählern der Landesvorsitzende Hubert Aiwanger.

In Bogen betonte Staatsminister Heubisch, dass die Liberalen „Motor und Korrektiv in der Landespolitik“ seien. Die Krise auf den globalen Wirtschafts- und Finanzmärkten sowie „die Welt des Wandels“ würden Investitionen in Wissenschaft und Bildung wichtiger denn je machen. Das 3,75 Milliarden Euro teure finanzpolitische Abenteuer habe den Koalitionspartner in seine bisher tiefste Krise

---

## Investitionen in Bildung und Wissenschaft

---

gestürzt, meinte Heubisch und er fügte hinzu: „Es ist nicht einfach, den Bürgern zu erklären, dass für Bildung, Hochschulen und Soziales wenig Geld da ist, weil wir es für wirtschaftspolitische Fehler der Vergangenheit ausgeben müssen.“ Er versicherte jedoch, dass er es nicht zulassen werde, aufgrund dieser fehlenden Gelder nicht in die Wissenschaft, die gerade für Bayern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sei, zu investieren.

Für die Studentenproteste äu-



**FW-Vorsitzender** Hubert Aiwanger fand harte Worte für das BayernLB-Desaster. – Foto: Lampelsdorfer

ßerte Heubisch Verständnis. Beim Bolognaprozess müsse nachgebessert werden. An den Studiengebühren führe aber kein Weg vorbei. Zum Ausbau der Hochschulen führte Heubisch an, dass über die Hälfte der 38 000 neuen Studienplätze in Nord- und Ostbayern geschaffen werden. Für Niederbayern würde dies rund 2400 zusätzliche Studienplätze heißen: 648 an der Uni Passau, 975 an der FH Landshut und 777 an der FH Deggendorf. „Ich kämpfe aber nach wie vor für weitere 10 000 Studienplätze“, versicherte er. Qualifiziert und berufsnah ausgebildete Nachwuchskräfte seien eine elementare Voraussetzung für die Zukunft der kleinen und mittelständischen Un-



**Für Staatsminister** Wolfgang Heubisch ist die FDP „Motor und Korrektiv der Landespolitik“. – F.: Haas

ternehmen im ländlichen Raum.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Max Stadler, ging kurz auf die Bankenkrise ein und kündigte an: „Wir haben die Fehler der Vergangenheit noch lange zu tragen.“ Die Wunschvorstellung des früheren Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber, München zu einer Bankenmetropole zu machen, sei fatal gewesen. Dieses Beispiel zeige, dass absolute Mehrheiten der Vergangenheit angehören müssen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Franz-Xaver Kirschner, der in der Landesbankkommission sitzt, warnte davor, die Landesbank „kaputt zu reden“. Bei der Aufarbeitung der Probleme

mit der Landesbank zeige sich immer deutlicher, dass der Kauf der Hypo Group Alpe Adria ausschließlich politisch gewollt gewesen sei.

Der FW-Landesvorsitzende Hubert Aiwanger fand in Passau deftige Worte für das „Landesbank-Desaster“. Die CSU habe, statt in Zukunftprojekte zu investieren, den Freistaat ruiniert. Milliarden seien in Sanierungskonzepte gesteckt worden. Mit dem in den Sand gesetzten Geld hätten die Breitbandversorgung verbessert oder die Schulen auf Vordermann gebracht werden können. Aiwanger geißelte die „Parteibuchpolitik“ der CSU, die Mittelmaß Tür und Tor öffne. Kritik übte Aiwanger auch an der Bildungspolitik. Die Schulen sollten vor Ort bleiben, auch wenn die Mindestklassenstärken gesenkt werden müssten.

---

## „Wahlkampf aus der Staatskasse“

---

Seitenhiebe auf die CSU kamen auch von MdL Alexander Muthmann. Nach einem „Wahlkampf aus der Staatskasse“ stelle sich die Frage, wer all die politischen Wohltaten bezahlen solle. Muthmann forderte eine Stärkung der Kommunen. Die FW-Politiker kündigten an, landesweit zur zweitstärksten politischen Kraft in Bayern werden zu wollen.

– jh/lam